

Unternehmen & Erneuerbare: Auswertung der Wahlprüfsteine von UnternehmensGrün

Der Wirtschaftsverband UnternehmensGrün vertritt die ökologische und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmerschaft in Deutschland. Eine zentrale Frage für diese Unternehmen ist, welche Unterstützung die Parteien klimapolitisch engagierten Unternehmen zusagen und welche Weichen die Parteien in der kommenden Legislaturperiode für das Energiemarkt-Design stellen werden: Um Anreize für Energieeffizienz zu schaffen, Nutzung regenerativer Energien zu fördern und die Sektorkopplung voran zu bringen.

Inzwischen steht mit Wind und Photovoltaik die Technologie zur Verfügung, dass sich viele, gerade auch energieintensive Unternehmen, in Teilen selber mit regenerativ erzeugter Energie versorgen könnten.

Eigenstromproduktion ist bei aktueller Gesetzeslage allerdings wirtschaftlich nicht rentabel. Denn: Bei einer Produktion von mehr als 10 MWh/Jahr zahlen die Unternehmen EEG-Umlage auf eigenverbrauchten Strom – nach aktueller Gesetzeslage (seit 2017) in Höhe von 40% der vollen Umlage. Nur in einem echten Inselnetzwerk, in dem sich das Unternehmen zu 100% selbst versorgt, würde keine EEG-Umlage anfallen – das Unternehmen würde aber auch keine EEG-Förderung erhalten. Wer auch nur einen Anteil seiner Stromproduktion selbst verbraucht, bekommt für den regulär verkauften Strom keine EEG-Förderung mehr, wird aber gleichzeitig auf den Eigenverbrauch anteilig mit der EEG-Umlage belastet. Bei mehr als 20 MWh/Jahr werden zudem 2,05 Cent/kWh Stromsteuer auf eigenverbrauchten Strom fällig. Zudem zahlen die Unternehmen 5-8 Cent/kWh Netzentgelte, sobald sie an das allgemeine Netz angeschlossen sind – auch wenn der selbstverbrauchte Strom nicht durch die allgemeinen Netze fließt.

Das bedeutet: Unternehmen, die selber erneuerbaren Strom produzieren wollen, werden damit entweder zum Inselnetz gezwungen – oder sie werden selber zum Energieversorgungsunternehmen und zahlen damit auch auf den selbst genutzten Strom hohe Abgaben. Ein weiteres Problem: Erzeuger von erneuerbaren Energien, deren Anlagen bei Netzengpässen abgeregelt werden, können diesen Überflusstrom nicht selber nutzen, etwa um damit eine Power-to-Gas-Anlagen zu betreiben, wollen sie nicht ganz aus dem EEG-Fördersystem herausfallen.

Wir sind überzeugt: Wirtschaftliche Anreize zur Eigenstromproduktion in Unternehmen würde die Sektorkopplung voranbringen, den Netzausbaubedarf senken, die Energiewende beschleunigen und die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen fördern. Betroffen sind unter anderem: Biokraftstoff-Anlagen bei Bauernhöfen, Windenergieanlagen auf Firmengeländen, etwa für den Betrieb von Kühlhäusern oder Rechenzentren, KWK in Fabriken, größere PV (>10 MWh/a) auf Dächern und Freiflächen von kleinen und Mittelständischen Unternehmen, Fabriken etc.

Vor diesem Hintergrund hat UnternehmensGrün die Parteien vor der Wahl zu ihren energiepolitischen Programmen befragt. Die Antworten auf unsere Wahlprüfsteine gehen dabei über die Informationen in den Parteiprogrammen hinaus.

Zusammenfassung und Bewertung der Wahlprüfsteine

Ein klares Bekenntnis zur Förderung der Eigenstromproduktion von Unternehmen leisten nur die Grünen: Die Ökopartei will das Mieterstrommodell auf Quartiere und Gewerbetriebe ausweiten. Außerdem soll die EEG-Umlage für Eigenstrom aus erneuerbaren Energien gestrichen werden. Zwar will auch die Piraten Partei die bisherigen Belastungen von selbst erzeugtem Strom für den Eigenbedarf abschaffen, allerdings steht dies im Kontext einer grundlegenden Energiemarktreform, in dessen Rahmen auch die EEG-Förderung für Neuanlagen abgeschafft werden soll. Weder CDU/CSU, SPD noch Die Linke sehen derzeit den Bedarf, wirtschaftliche Anreize für Eigenstrom-Nutzung auszudehnen. Die FDP „will das planwirtschaftliche EEG-System schnellstmöglich beenden und einen marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Neustart der Energiewende“ – in dessen Rahmen dann auch Eigenstromversorgung wirtschaftlich möglich sein soll. Wie konkret ein solches alternatives Energiemarktdesign aussehen könnte, lässt die Partei allerdings offen.

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Frage, ob durch Netzengpässe abgeregelte Erzeugungsanlagen Überschussstrom für lokale Verbraucher nutzen könnten: Einzig die Grünen wollen etwas an der aktuellen Regelung ändern, der zufolge Erzeuger ungenutzte Erzeugungspotentiale (für die sie EEG-Förderung erhalten) nicht für regionale Verbraucher nutzen dürfen. In Aussicht stellen die Grünen dabei die Verringerung der Abgaben- und Steuerlast für regional verbrauchten Strom.

Begründet liegen die Unterschiede in einer grundsätzlich anderen Bewertung der Bedeutung der Sektorkopplung: Die Linke sieht Handlungsbedarf bei der Sektorkopplung erst ab 2030 – davor könne sie sogar dem Ausbau der Erneuerbaren schaden. Die SPD sieht bisher nur im Norden, durch große Mengen Strom aus Offshore-Windparks, das Potential, überschüssigen Strom sinnvoll im Wärme- und Verkehrssektor zu nutzen. Für CDU/CSU, SPD und Die Linke liegt der Fokus auf dem zügigen Ausbau und der Optimierung der Übertragungsnetze, für dessen Verstopfung etwa Die Linke vor allem den Kohlestrom verantwortlich macht. Einig sind sich fast alle Parteien, dass die Weiterentwicklung der Speichertechnologie und der Ausbau der Speicherkapazitäten hohe Priorität hat. Die FDP will „die Potenziale der [...] Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen [...] marktwirtschaftlich nutzen.“ Da sie als einziges Instrument, marktwirtschaftliche Anreize zu setzen, den global abgestimmten CO₂-Zertifikatehandel sieht, sind die Erfolgsaussichten gering.

Einzig die Grünen können schon heute Konzepte vorlegen, um die Eigenstromproduktion und Nutzung in Industrie und Gewerbe zu fördern. Damit ist die Unternehmerschaft weiter als die Politik: Wir beobachten bei vielen Unternehmen die Bereitschaft und Bemühung, durch eigene regenerative Erzeugungsanlagen Teil der Energiewende zu werden. Die Parteienlandschaft bietet dafür noch keine ausreichenden Antworten.

Die Antworten der Parteien auf die Fragen im Einzelnen

1. *Durch die verstärkte Kopplung der Stromerzeugung mit den Sektoren Wärme und Mobilität könnten regenerative Energien besser vor Ort genutzt und damit Produktionsschwankungen bei Wind und Sonne aufgefangen werden. Dies würde auch Druck vom Netzausbau nehmen.*

Welche energiepolitischen Schritte wollen Sie bis wann umsetzen, um die Sektorkopplung voran zu bringen?

Einzig die **Grünen** bekennen sich zur forcierten Förderung Sektorkopplung zum aktuellen Zeitpunkt. Geplant sei eine Speicheroffensive, denn Speichern komme als Schnittstelle zwischen Strom, Wärme und Verkehrssektor eine besondere Bedeutung zu. Speicher sollen durch entsprechende Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich werden. Durch ein Förderprogramm sollen 10.000 Wärmespeichern gebaut werden. Ebenso wie die Grünen setzen auch die **Piraten** den Fokus auf die Förderung der Speichertechnologie: Durch ein Speicherförderungsgesetz und die Förderung der Power-to-Gas-Technologie. Elektromobilität soll gemäß der Piraten Partei nicht durch eine Kaufprämie, sondern durch den Ausbau der Infrastruktur gefördert werden.

Die Linke sieht demgegenüber bis 2030 keinen verstärkten Bedarf und in der verfrühten Kopplung der Sektoren sogar Gefahren: Regionale Netzengpässe seien „Ergebnis des blockierten Kohleausstiegs und bisweilen unzureichenden Netzausbaus. [...] Neue und verfrühte Flexibilitäten – als zusätzliche Stromnachfrager – würden tendenziell immer von jenen Erzeugungsarten bedient werden, die im Strommarkt als nächstes zum Abruf stehen. Und dies sind in der Regel leider Kohlemeiler.“ Auch die **SPD** sieht derzeit nur im Norden der Republik die Möglichkeit der Sektorkopplung, weil dort „durch die Einspeisung von Strom aus Offshore-Anlagen eine angemessen hohe Strommenge“ vorhanden sei. Sektorkopplung solle derzeit nur gefördert werden, um Erfahrungen für die Zukunft zu sammeln, etwa durch Erhöhung des Elektrifizierungsgrades im öffentlichen Personennahverkehr. Die **CDU/CSU** erkennt die zunehmende Bedeutung der Sektorkopplung zwar an, führt aber keine konkreten Maßnahmen aus. Die FDP betont die Wichtigkeit „zukunftsweisender Lösungen“ wie „Demand- Side Management, virtuelle Kraftwerke oder Power-to-x“, verweist bei der Umsetzung aber ausschließlich auf die „marktwirtschaftlichen Prinzipien“.

2. *Der Handel mit CO₂-Verschmutzungsrechten hat bisher nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Halten Sie es für sinnvoll, dass die Bundesrepublik CO₂-Zertifikate aufkauft, um den Marktpreis für diese in der EU zu erhöhen? Würden Sie in Regierungsverantwortung eine Besteuerung von CO₂-Emissionen befürworten?*

Bei der Entwicklung und Verschärfung des Emissionshandels gehen die Vorstellungen der **Piraten** am Weitesten: Sie fordert für CO₂-Zertifikate einen hohen Fixpreis, der „anhand der statistisch in den letzten 50 Jahren durch die Erderwärmung entstandenen Schäden festzusetzen ist. [...] Co₂-Emissionen würden wir selbstverständlich besteuern.“ Konkrete Zahlen, wie hoch ein derart errechneter Mindestpreis und die Steuer wäre, bleiben die Piraten allerdings schuldig. Für die meisten anderen Parteien ist die Einführung einer CO₂-Steuer keine Option: Neben den Piraten halten es nur die Linken für sinnvoll, fossile Brennstoffe mit einer CO₂-Steuer zu belegen. Die **Grünen** fordern die Stilllegung von 3 Milliarden überschüssigen CO₂-Zertifikaten (Die Linken wollen zwei Milliarden stilllegen), einen nationalen Mindestpreis auf CO₂-Zertifikate und den Ankauf von

Verschmutzungsrechten durch die Bundesregierung. Durch den gesetzlichen CO₂-Mindestpreis soll die Abschaffung der Stromsteuer und die Reduzierung der EEG-Umlage gegenfinanziert werden. Die Notwendigkeit für gravierende Reformen im Handel der Verschmutzungsrechte sieht auch **Die Linke**: Kauf von Emissionsrechten durch die Bundesregierung, CO₂-Mindestpreise auf nationaler Ebene, Klimaabgabe für Kohlekraftwerke und ggf. CO₂-Steuer für fossile Brennstoffe. Die Höhe der Preise für CO₂-Zertifikate sollte „beispielsweise im Stromsektor gewährleisten, dass die jeweils dreckigsten verbliebenen Kohlekraftwerke ihre Erzeugung entsprechend drosseln, wenn genug Wind- und Solarstrom zur Verfügung steht“.

Die **SPD** will den Emissionshandel auf europäischer Ebene weiter entwickeln. Sollte dies nicht möglich sein, müsste in direkter Verhandlung mit den EU-Mitgliedsstaaten über CO₂-Mindestpreise verhandelt werden. Das Primat internationaler Vereinbarungen vor nationalen Alleingängen sieht auch die **CDU**: Der Emissionshandel „muss international in Angriff genommen werden.“ Grundsätzlich sieht die CDU/CSU im Emissionshandel allerdings ein geeignetes Instrument, „um die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft noch stärker zu Anwendung zu bringen“, da er die „externen Kosten abbildet und in Rechnung stellt, anstatt Subventionen zu gewähren“. Wie die CDU/CSU ist auch für die **FDP** der „entscheidende Markttreiber ein weltweit gültiger Preis für CO₂-Emissionen und keine Steuer.“

3. *Strom ist im Vergleich zu Öl und Treibstoffen sehr hoch besteuert. Das steht der Sektorkopplung elementar im Weg. Welche Wege sehen Sie, um dies zu ändern?*

Stromspeicher, die bei der Sektorkopplung benötigt werden, sollen nach Ansicht der **Grünen** bei Umlagen und Netzentgelten entlastet werden – und die Partei nennt auch schon konkrete Zahlen: „Darüber hinaus schlagen wir eine CO₂-Bepreisung von fossilen Brennstoffen im Wärme- und Verkehrssektor vor und wollen im Gegenzug die Stromsteuer auf das europarechtlich vorgegebene Minimum absenken. Dadurch würde Strom um etwa 2 Cent pro Kilowattstunde preiswerter.“ Für eine grundsätzliche Abschaffung der Stromsteuer plädieren die **Linken**, eine CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe sei eine Option, wenn das Aufkommen der Steuer vollständig an Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werde. Die EEG-Umlage könne abgesenkt werden, wenn weniger Firmen verminderte EEG-Umlage zahlen müssten. Die Linke spricht sich für eine Ausgliederung der hohen Anfangskosten der Energiewende in einen Fonds aus. Die **Piraten** fordern einheitliche Steuern auf die verschiedenen Energieträger, gleichzeitig die EEG-Zuschüsse für den Bau neuer Erzeugungsanlagen komplett zu streichen, entfernungabhängige Netzentgelte sowie den Baustopp neuer Hochspannungsleitungen.

Konkrete Antworten zu dieser Frage bleiben **SPD** ebenso wie **CDU/CSU** schuldig: Die SPD prüfe grundsätzlich „alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende“, CDU/CSU wollen durch „die marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der erneuerbaren Stromerzeugung“ Strom für Unternehmen, Betriebe und private Verbraucher langfristig bezahlbar machen.

4. *Wenn die Netze überlastet sind, werden Windräder abgeschaltet und stehen still. Wollen die Betreiber nicht gänzlich aus dem EEG-Vergütungssystem herausfallen, dürfen sie dann auch keinen Strom an Verbraucher abgeben, die in unmittelbarer Nähe und direkt mit dem Windrad verbunden sind – auch, wenn dabei nicht das allgemeine Netz genutzt würde. Müsste Ihrer Ansicht nach hier der gesetzliche Rahmen geändert werden? Wenn ja: Wie könnte diese Änderung aussehen?*

Die bisherige Regelung, der zufolge Erzeugungsanlagen innerhalb des EEG-Systems überschüssigen Strom bei Netzengpässen nicht direkt an regionale Verbraucher liefern dürfen, wollen nur die **Grünen** aufheben: „In jedem Fall muss die von Ihnen zurecht kritisierte restriktive Handhabung aufgebrochen werden.“ Möglich sei zudem eine Verringerung der Abgaben- und Steuerlast für den regional verbrauchten Windstrom. Die **SPD** hält den direkten Draht zum regionalen Verbraucher weder für sinnvoll noch technisch machbar: „Aufgrund der Umwandlungsprozesse auf die nächsten Spannungsebenen ist es nicht sinnvoll und abrechnungssystematisch auch nicht möglich, den Strom aus Windkraftanlagen wahlweise ins öffentliche und ins nichtöffentliche Netz zu speisen“. Solange regionale Abnehmer und damit Bedarf für Strom vorhanden seien, so die Argumentation, dürfte es ja auch nicht zu den Abschaltungen kommen. Darüber hinaus legt die SPD, wie auch die **CDU/CSU und die Linke**, den Fokus auf Ausbau und die Optimierung der Netze, um Netzengpässe zu vermeiden. Sowohl für **Linke** als auch für **die Piraten** ist der Schuldige die Braunkohle: Es müssten weniger Windräder stillstehen, wenn Kohlestrom die Netze nicht verstopfen würde.

5. *Die Erzeugung von Strom zum Eigenbedarf z.B. mit eigenen Solar- oder Windkraftanlagen ist für Unternehmen derzeit wirtschaftlich kaum sinnvoll. Grund sind anfallende Netzgebühren, Stromsteuer und EEG-Abgaben – obwohl solche Teil-Insellösungen das Netz entlasten würden. Müssen Ihrer Ansicht nach die wirtschaftlichen Anreize zur Eigenstromproduktion in Unternehmen verbessert werden? Wenn ja: Welche konkreten Schritte planen Sie dazu?*

Einzig die **Grünen** formulieren einen klaren Vorschlag, um gewerbliche Eigenstromnutzung zu fördern: Durch eine **Ausweitung des Mieterstrommodells auf Quartiere und Gewerbebetriebe würde auch hier die EEG-Umlage für Eigenstrom fallen**. Ebenfalls auf Eigenstromnutzung setzen die **Piraten**, ohne jedoch konkrete Schritte zu nennen: „Die bisherige Belastung von selbst erzeugtem Strom für den Eigenbedarf bei größeren Anlagen gehört abgeschafft“. Darüber hinaus setzen sich die Piraten jedoch auch für die Abschaffung der EEG-Zulagen für neuinstallierte Erzeugungsanlagen und eine Revision der Netzgebühren ein.

Alle anderen Parteien halten eine Förderung der gewerblichen Eigenstromproduktion nicht für sinnvoll: Die **SPD** will die Abgaben- und Umlagensystematik zwar einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen, macht aber schon heute klar, dass sie dabei an der EEG-Umlage für den gewerblichen Eigenverbrauch festhalten wird. Ebenso wie die **CDU/CSU**, die allerdings darauf hinweist, dass für ja private Konsumenten die Nutzung selbst erzeugten Stroms heute schon durch das Mieterstrommodell durchaus attraktiv sei.